

auch im globalen Süden, ein wichtiges Standbein. Ohne (Flug-)TouristInnen aus Europa, den USA oder Asien würde der touristische Sektor leiden. Die Lösung liegt im bewussteren Reisen. Muss es ein Kurztrip mit dem Flugzeug nach Barcelona sein, ein Wochenende zum Shoppen in New York, ein paar Tage Badeurlaub auf Kuba? Wäre es nicht angenehmer und erholsamer, einen längeren Urlaub zu nehmen, Zeit zu haben für Begegnungen mit der lokalen Bevölkerung, Zeit zum Eintauchen in die Kultur und Naturschönheiten der Destination und auch abseits der abgetretenen touristischen Trampelpfade das Land zu erkunden? Und wenn man einer längeren Reise anstatt vieler kurzer Wochenendtrips den Vorzug gibt, fallen auch wesentlich weniger Treibhausgasemissionen für die Anreise an.

Fairer Tourismus – Gewinn für alle

Der Tourismus hat zudem das Potenzial, periphere Regionen wirtschaftlich zu stärken und damit der einheimischen Bevölkerung eine Perspektive und Lebensgrundlage zu bieten. Der Tourismus kann auch den sozialen Ausgleich zwischen Stadt und Land, zwischen Nord und Süd fördern und somit nicht zuletzt zur kulturellen Verständigung beitragen. Vorausgesetzt, der Tourismus baut auf den lokalen und regionalen naturräumlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen auf.

In der Realität sieht es oft anders aus: Häufig kommt es zu Verletzungen der Menschenrechte, Angestellte und Mitarbeitende im Tourismus müssen unter schlechten Bedingungen arbeiten und werden ungerecht bezahlt, immer wieder werden vor allem Frauen und Kinder sexuell ausgebeutet. Hier ist die Reisewirtschaft gefordert. Immer mehr Tourismusunternehmen stellen sich ihrer sozialen Verantwortung, so wie bislang 14 Reiseveranstalter und die Reiseverbände Österreichs, Deutschlands und der Schweiz, die

dem „Roundtable Menschenrechte im Tourismus“ (www.humanrights-in-tourism.net) beigetreten sind. Sie haben sich verpflichtet, Menschenrechtsstandards in ihren Geschäftsprozessen zu verankern, sowie KundInnen, Partnerunternehmen und MitarbeiterInnen für die Einhaltung der Menschenrechte zu sensibilisieren.

Auch als Reisende/r selbst kann man seinen Teil zu einem fairen Miteinander beitragen. Indem man den Menschen auf Augenhöhe begegnet, sich vorab über ihre Kultur, ihre Lebensgewohnheiten und Umgangsformen informiert und mit offenen Augen und Ohren reist, zeigt man Interesse und Respekt gegenüber dem Urlaubsland und seinen BewohnerInnen.

Tourismus auf Augenhöhe

Damit touristische Projekte und Produkte auch langfristig erfolgreich sind, ist es wesentlich, dass die betroffene lokale Bevölkerung in den Destinationen partnerschaftlich und aktiv eingebunden ist und mitbestimmt. Die wirtschaftlichen und sozialen Vorteile müssen gerecht verteilt werden und auch weiten Bevölkerungsteilen zu Gute kommen. Das Ziel muss sein, die Lebensqualität und den Wohlstand der Menschen vor Ort zu steigern und zur sozialen Gerechtigkeit beizutragen.

Denn wenn das Gegenteil der Fall ist und sich die Einheimischen von den Touristenmassen überrollt fühlen und das Gefühl haben, aus ihren Städten und Dörfern gedrängt zu werden, sind Gäste nicht mehr willkommen – die lokale Bevölkerung geht sogar gegen sie auf die Barrikaden, wie wir das in den letzten Jahren in manchen Städten bereits erlebt haben. Dafür gibt es ein neues Schlagwort: „Overtourism“.

Die Gründe für diese Entwicklung sind vielschichtig. Hier spielen auch fehlende Planung und unzureichendes Management, sowie fehlende Partizipationsmöglichkeiten der Bevölkerung bei der Tourismusentwicklung eine Rolle. Eine Ursache liegt aber

auch in unserem Konsumverhalten. Urlaub wird mehr und mehr zum alltäglichen Konsumgut, der Trend geht hin zu Kurzurlauben, Reiseziele auf unserer Liste werden einfach schnell „abgehakt“ und sind nur noch Fotokulisse für Postings auf Instagram und Snapchat. Die boomende Sharing Economy befeuert den Overtourism in beliebten Städten zusätzlich. Denn mit den Privatwohnungen, die über Plattformen wie Airbnb an TouristInnen vermietet werden, steigen die Bettenkapazitäten – bislang noch meist unkontrolliert, da für sie im Gegensatz zu Hotels und anderen Beherbergungsbetrieben vielerorts gesetzliche Vorgaben und Rahmenbedingungen wie eine Steuer- und Abgabepflicht (noch) nicht gelten.

Damit ein nachhaltiger, zukunftsweisender Tourismus zum Mainstream wird, müssen entsprechende Rahmenbedingungen für alle AkteurInnen geschaffen und Wettbewerbsverzerrungen, wie sie aktuell existieren, aufgelöst werden. Dies wird nur mit verpflichtenden Vorgaben, Standards und Gesetzen gehen. Letztendlich sind alle AkteurInnen im Tourismus – die Tourismuswirtschaft und die Reisenden genauso wie die PolitikerInnen – gefordert, ihren Beitrag zu leisten, dass sich das Blatt im Tourismus wendet, hin zu einem Tourismus, von dem alle Beteiligten profitieren und der die Natur und Ressourcen bestmöglich schont.

DIⁱⁿ Cornelia Kühhas

Naturfreunde Internationale – respect
www.tourismus.nf-int.org

Broschüre „Reisen mit Respekt – Tipps für faires Reisen“

www.nf-int.org/reisen-mit-respekt

„Wegweiser durch den Labelschongel im Tourismus“ www.nf-int.org/labelguide

„Reisen für eine bessere Welt?“ – aktuelle Kampagne der Naturfreunde Internationale | www.facebook.com/nfint.org
#travellingfair

Arbeiten, wo andere Urlaub machen?

Fordernde Arbeitsbedingungen, Zeitdruck, schlechte Planbarkeit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie – die Belastungen in der Gastronomie – eine Branche auf dem Prüfstand.

*Sophie Hötzing, MSc
Referentin in der Abteilung Arbeitsbedingungen in der AK Oberösterreich*

Rund 283.154 Menschen arbeiteten 2018 in Österreich in der Sparte Tourismus und Freizeitwirtschaft. 214.464 dieser Beschäftigten waren direkt in der Gastronomie und Hotellerie tätig – mehr als ein Viertel davon geringfügig und mehr als 40 % in Teilzeit. Die Zahl der Lehrlinge in dieser Sparte sinkt: von 16.232 im Jahr 1980 auf 9.048 im Jahr 2018. Und auch 27 % aller KellnerInnen wollen den Beruf wechseln.

Doch warum wollen immer weniger in einer Branche arbeiten, die damit wirbt, dass andere dort Urlaub machen? „Wirtesterben wegen Personalmangel“ – eine Schlagzeile, die man in letzter Zeit häufig liest. Doch woran liegt es? Die Gastronomie habe ein Imageproblem, liest man ebenso häufig. Betrachtet man die Erkenntnisse des österreichischen Arbeitsklimaindex, verhärtet sich der Verdacht, dass das Problem mit dem Image von den tatsächlichen schlechten Arbeitsbedingungen herührt, die nicht wegzudiskutieren sind.

Fordernde Arbeitsbedingungen – physisch und psychisch

Jeweils fast ein Viertel der ArbeitnehmerInnen in der Gastronomie fühlt sich stark durch ständigen Arbeitsdruck ohne Verschnaufpausen und durch permanenten Zeitdruck belastet. Auf KöchInnen trifft das in besonderem Maße zu: 28 % sind durch Zeitdruck stark belastet, 26 % durch ständigen Arbeitsdruck, hinzu kommen ständige Wechsel von Arbeitsabläufen (12 %), Unfall- und Verletzungsgefahr sowie schlechte Gesundheitsbedingungen.

Nach wie vor herrscht in vielen Betrieben der Leitsatz: „Der Gast ist König“ – und soll auch so behandelt werden. Psychische Belastungen bei Beschäftigten mit KundInnenkontakt resultieren oftmals daraus, dass es notwendig ist, sich auf die Bedürfnisse des Gegenübers einzustellen und

die eigenen Emotionen zurückzustellen. Besonders belastend ist dies dann, wenn Beschäftigte herablassend behandelt werden bzw. mit Übergriffen konfrontiert sind. Laut der Ergebnisse der ESENER-2-Studie, einer europaweiten Unternehmensbefragung der EU-OSHA (Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz), ist der Umgang mit schwierigen KundInnen, in der Branche „Gastgewerbe/Beherbergung und Erholung“ in 62 % der befragten Betriebe der am häufigsten berichtete Risikofaktor. Fragt man die Beschäftigten allerdings, was ihr ursprünglicher Beweggrund war, in dieser Branche zu arbeiten, wird häufig vom Wunsch und der Freude am Arbeitsplatz in Kontakt mit Menschen zu sein, berichtet. Die Gesundheit und Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten in diesem Bereich liegt somit auch in der Verantwortung der Gäste.

Nicht nur arbeiten wo – sondern auch wann andere ihre Freizeit genießen: Die Lage und die Verteilung der Arbeitszeit zählt ebenfalls zu den Belastungsfaktoren. Für die überwiegende Mehrheit der Gastronomiebeschäftigten gehört Wochenendarbeit zur Normalität, ein Viertel muss häufig nachts arbeiten. Darunter leidet die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Privatleben: Nur 71 % der Gastronomiebeschäftigten bezeichnen diese als gut, unter sonstigen Beschäftigten sind es 83 %. Vor allem KellnerInnen bewerten zu rund einem Drittel die Vereinbarkeit nur als mittel bis schlecht. Für Eltern ist die Arbeit in der Gastronomie oft nur schwer mit ihren Kinderbetreuungspflichten vereinbar. 36 % der Gastronomiebeschäftigten mit Kindern im Haushalt bewerten die Vereinbarkeit als mittel bis schlecht. Vor allem auch die saisonal schwankende Beschäftigung bringt Probleme mit sich. 14 %

der Beschäftigten im Gastronomiesektor war in den letzten zwölf Monaten arbeitslos. Rund ein Viertel kämpft sich mit unregelmäßigem Einkommen durch. Nur 31 % können gut von ihrem Lohn leben und beinahe ein Drittel ist mit der sozialen Absicherung unzufrieden.

Umdenken nötig

Wenig verwunderlich also, dass insbesondere KellnerInnen ihren Job oftmals nur als Übergangslösung sehen und 27 % von ihnen in einen anderen Job wechseln wollen. Der Durchschnitt aller Berufsgruppen liegt im Vergleich bei nur 9 %. Weitere 26 % der KellnerInnen möchten zumindest den/die ArbeitgeberIn wechseln. 44 % geben an, dass sie befürchten, ihren Job in der Gastronomie nicht bis zur Pension ausüben zu können. Diese Erkenntnisse zeigen: Das schlechte Image der Gastronomie ist zumeist hausgemacht. Belastende Arbeitsbedingungen, überlange Arbeitszeiten und schlechte Entlohnung stellen kaum Anreize dar, im Gastgewerbe zu bleiben oder eine Beschäftigung im Gastronomiebereich aufzunehmen. Auch in dem im Juni 2019 erschienenen Schwarzbuch der Arbeiterkammer Oberösterreich ist die Gastronomie mit 1.503 Fällen jene Branche, in denen der Bedarf an Rechtsvertretung durch die Arbeiterkammer am größten war.

Ein Umdenken der GastronomInnen, was die Verbesserung der Arbeitsbedingungen angeht, aber auch bei den Themen Planbarkeit und Vereinbarkeit wäre also dringend nötig. Nur so kann die Arbeitszufriedenheit und die Gesundheit der Beschäftigten geschützt und gestärkt und somit auch die Attraktivität dieser Branche wiederhergestellt werden. Auch wir Gäste dürfen bei unserem nächsten Gastgartenbesuch gerne noch ein bisschen freundlicher sein.

Politik und Moral vereinbaren

Machtmissbrauch, Korruption, Millionen-Spenden. Wie steht es um die österreichische Politik – was bräuchte eine funktionierende Demokratie?

DDr. Severin Renoldner, Pädagogische Hochschule der Diözese Linz

Das Ibiza-Video führt vor Augen, was viele vermutet haben: knallhart, bestechlich und nur auf den eigenen Vorteil (der Partei) achtend wird im Gespräch verfügt über öffentliche Geldmittel, Massenmedien, gewogene Berichterstattung. Demokratie braucht Machtbegrenzung und Transparenz. Und in Österreich eine redlichere öffentliche Moral.

Was ist korrupt: der Anruf beim Hofrat, eine Subvention „beschleunigen“ zu wollen? Die Anfrage an einen Landesrat, Ministerialrat oder Bürgermeister: „Lieber Freund, Bundesbruder, Sportlerkollege – könntest Du für mich beim Herrn Minister ein gutes Wort einlegen ...“, oder: „Sei mir ned bö – ich bräucht eine Kleinigkeit ...“. Oder: „Könntet Ihr Eure Ausschreibung umformulieren? Ich schick Dir die Unterlagen – bitte redest Du mit dem Herrn Bürgermeister, Abteilungsleiter, und grüß ihn schön von mir.“ All das ist oft nicht juristisch anklagbar, nicht beweisbar.

Wo ist die Grenze von Freundschaft? Großzügige Inseratenwerbung der Regierung? Teure Broschüren zum „EU-Ratsvorsitz“, üppig subventionierte „Kurz-Feste“ – alles auf Staatskosten. Oder: riesige Wahlplakate auf den Feldern reicher Bauern: Werbung kurz vor Wahlen, im ganzen Land. Angemietete Werbeflächen würden das Wahlkampfbudget um Millionen erhöhen, aber werden da Mieten verrechnet? Man ist Parteimitglied, bekommt Förderungen der Bauernkammer. Ist das verboten? Ich darf doch auch auf meinem Haus kostenlos ein Werbeplakat anbringen! Ein kleiner Vorteil für jene Parteien, die fast alle Grundbesitzenden zu ihren FreundInnen zählen.

„Vorzugsstimmenwahlkämpfe“ mit satten Spendentöpfen: angeblich geht es nur um Personen. Wie viele Millionen hatte Sebastian Kurz für die Wahlkampagne 2017 von reichen Spen-

derInnen gesammelt, die sich dafür Steuervorteile erhofften? Alle Parteispenden sollten veröffentlicht werden! Dann wissen WählerInnen, wer ihre Partei sponsert und wem sie dient.

Jörg Haider und Heinz Christian Strache haben es auf die Spitze getrieben. Geschäfte der Koalition 2000 bis 2006 beschäftigen Gerichte und Untersuchungsausschüsse noch bis heute. 19 Mrd. Euro Schulden aus Kärntner Spekulationen kosten uns mehr als sämtliche Pensionsreformen und Steuerreformen zusammengerechnet. Und dennoch heißt das Problem nicht einfach FPÖ! Neos und Grüne sind nicht gefeit, haben aber nicht die Machtpositionen. Traditionsparteien wie ÖVP und SPÖ mit viel Einfluss in Medien, Kammern, Industriellenvereinigung, Seniorenverbänden, Krankenkassen etc. können indirekt ihren Dank bei Personen und Redaktionen ausdrücken.

Demokratie braucht Moral

Das erklärt vielleicht den Neid von FPÖ-FunktionärInnen, wenn sie „endlich an der Macht“ sind. In der Regierung erkennen sie, dass das – legal und unbemerkt – gar nicht so leicht ist. Daher suchen sie nach Kanälen, um mit den großen Parteien gleichzuziehen. Obwohl es nur ca. 3.000 „schlagende“ Burschenschaftler gibt (davon viele in Pension), erhalten sie seit 2018 gehäuft öffentliche Aufträge, Gutachten, Aufsichtsratssitze.

Die abgewählte Bundesregierung stiftete bewusst Verwirrung in Fragen des Anstandes, der Sitten: hilfsbereite Menschen wurden als „Gutmenschen“ beschimpft. Gut = schlecht + schlecht = gut, also seien alle Aussagen, was gut, anständig, ethisch ist: Unsinn. Man dürfe alles tun, was das Strafrecht nicht verbietet, sagte Sebastian Kurz. Und dieses kann man, wie Berlusconi zeigte, mit einfacher Mehrheit abän-

dern. Nein: das Strafrecht reicht nicht, eine Demokratie braucht Bewusstsein, was ethisch zulässig ist und was nicht. Nicht jeder rassistische Witz, nicht jede Bevorzugung, jeder Machtmissbrauch kann zu einer Geld- oder Haftstrafe führen. Aber zu öffentlicher Empörung und im besten Fall zu einer aufrichtigen Entschuldigung sollte er doch führen.

Die Rolle der Medien

Für ethisches Bewusstsein brauchen wir Massenmedien, die Korruption öffentlich machen und selbst nicht käuflich sind. Ungarn hat solche Medien ausgeschaltet. Gefahr für die Demokratie geht nicht nur von rechten Wort-Entgleisungen aus, sondern auch von der „Message-Control“: die Regierung möchte über ihre legitime Macht hinaus bestimmen, was das Volk erfahren und diskutieren darf oder kann. Kritik soll mundtot gemacht, erstickt werden. Dazu „hält“ und hätschelt man Boulevardmedien und Facebook-Communities. Oder wie Trump: Twitter. Dort verleumdet man die Caritas, engagierte BürgerInnen, kritische JournalistInnen oder politische GegnerInnen.

Transparenz bedeutet: Niemand darf so viel Medienmacht in die Hand bekommen, dass er praktisch nicht abwählbar ist. Wer auf Facebook Millionen manipuliert, das Fernsehen „privat besitzt“ (Silvio Berlusconi) oder durch politisch Beauftragte das Fernsehprogramm reguliert, hat einen demokratiegefährdenden Machtvorteil. Andere Ansichten oder Kritik können sich nicht artikulieren.

„Die“ ÖsterreicherInnen „sind nicht so“. Viele (auch PolitikerInnen!) sind aufmerksam, fair, sozial, sie wollen nicht, dass Vetternwirtschaft betrieben wird, dass PolizistInnenen prügeln oder Verfassung und Menschenrechte ausgehebelt werden. Wenn sie das nicht lautstark fordern, kann es dennoch passieren.

Wohnen für alle in Oberösterreich!?

Immer mehr Menschen können sich das Wohnen nicht mehr leisten. Damit wird Wohnen zum Thema der politischen Auseinandersetzung.

*Mag. Stefan Hindinger
Wohnungslosenhilfe Mosaik,
Vöcklabruck*

Die Mieten sind in den letzten Jahren viel stärker als die Einkommen gestiegen. Leistbares Wohnen ist nicht mehr nur Thema der Menschen mit sehr geringem Einkommen, sondern hat die sogenannte Mittelschicht erfasst. Menschen die keinen eigenen Wohnraum haben, finden dabei aber kaum Beachtung.

In Oberösterreich werden wohnungslose Menschen von neun Trägern der Wohnungslosenhilfe betreut. Flächendeckend gibt es das „Netzwerk Wohnungssicherung“, das verhindern soll, dass es bei Mietrückständen zu Delogierungen kommt. Notschlafstellen gibt es in Linz, Wels, Steyr und Vöcklabruck. Dazu kommen die Angebote von Tageszentren, Streetwork, Übergangswohnungen, Wohnheime und mobile Wohnbetreuung. Insgesamt wurden von der Wohnungslosenhilfe knapp 7.000 Menschen beraten bzw. betreut: Wohnungssicherung: 2.484, Notschlafstellen: 794, Tageszentren: 3.023 und Wohnen: 457 Personen.

Nach den Ethos-Kriterien der „European Federation of National Organisations Working with the Homeless“ ist Wohnungslosigkeit aber weiter zu fassen. Es betrifft auch Personen in vorübergehenden Unterkünften wie Frauenhäusern oder Quartieren für AsylwerberInnen und Menschen die aus Straf- oder Heilanstalten entlassen werden. Dazu kommen Menschen in ungesicherten Wohnverhältnissen wie temporären Unterkünften bei FreundenInnen und Bekannten bzw. in überfüllten Räumen (Unterschreitung der Mindestquadratmeteranzahl pro Person). Diese Kategorien werden derzeit in den offiziellen Wohnungslosenstatistiken nicht erfasst. In einem Projekt mit der Statistik Austria versucht die BAWO (Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe) die Datenerhebung zu verbessern, um künftig eine

aussagekräftige jährliche Statistik zur Wohnungslosigkeit in Österreich zu erhalten.

Die BAWO hat 2018 ein Positionspapier „Wohnen für alle. Leistbar. Dauerhaft. Inklusiv.“ veröffentlicht. Der Fokus liegt dabei auf Menschen mit niedrigerem Einkommen. Gefordert wird eine Stärkung des Mietwohnungssegments, eine Reform des Mietrechts mit einer Stärkung der Rechte der MieterInnen, die Förderung der Nutzung leerstehender Wohnungen, die Verbesserung des Zugangs zu geförderten Wohnungen, das Nutzen der Raumordnung für leistbares Wohnen und Maßnahmen für Existenzsichernde Einkommen. Um „Wohnen für alle“ zu erreichen braucht es also ein Bündel von Maßnahmen auf allen Ebenen: Gemeinden (Raumordnung – Widmungen für geförderten Wohnbau, Baulandsicherungsverträge), Länder (Wohnbauförderung, energetische Standards, sozialpolitische Maßnahmen wie z.B. Delogierungsprävention. und Gemeinwesenarbeit), Bund (Mietrecht, Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, Steuerrecht, Förderung thermische Sanierungen). Gefordert ist eine stärkere Verzahnung von Wohnbau-, Sozial-, Umwelt-, und Steuerpolitik.

Forderung: „Wohnen für Alle“

Eine zentrale Rolle bei „Wohnen für Alle“ spielt der Gemeinnützige Wohnbau. Die Teuerungsraten sind hier deutlich geringer als im privaten Sektor (30 % gegenüber 38 % zwischen 2009 und 2018). In Oberösterreich liegt der durchschnittliche Quadratmeterpreis bei den Wohnkosten (Miete und Betriebskosten) bei den Gemeinnützigen bei 7,10 Euro und im privaten Bereich bei 8 Euro. Am günstigsten wohnt man nach wie vor im „Gemeindebau“ (5,80 Euro). Dieser Sektor ist aber im Unterschied zu Wien

in Oberösterreich sehr klein.

Besonders wichtig für Menschen mit geringem Einkommen ist der Zugang zur Objektförderung (Geförderter Wohnbau) und Subjektförderung (Wohnbeihilfe). Das Land Oberösterreich hat diesen Zugang in den letzten Jahren, insbesondere für Personen aus Drittstaaten massiv erschwert (Anspruch nach 5 Jahren und Nachweis von 54 Monaten steuerpflichtigem Einkommen sowie Deutschkenntnissen). Aufgrund dieser Restriktion hat sich die Summe der ausgezahlten Wohnbeihilfen 2018 im Vergleich zu 2010 um ein Drittel (30 Mio. Euro) verringert. Die KlientInnenzahlen steigen, weil sich immer mehr Menschen ihre Wohnung nicht mehr leisten können.

Bevorzugung österreichischer StaatsbürgerInnen

Die „Drittstaatenregelung“ in der Objektförderung führt dazu, dass diese Menschen auf den privaten Wohnungsmarkt mit deutlich höheren Mietpreisen angewiesen sind. Auf der anderen Seite steigt der Leerstand im geförderten Wohnbau. Oberösterreich betreibt eine Wohnbaupolitik der Segregation. Diese widerspricht EU-Recht. Bei der Wohnbeihilfe gab es bereits erfolgreiche Klagen gegen das Land. Trotzdem findet sich die Bevorzugung österreichischer StaatsbürgerInnen auch im neuen Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz, das der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP, FPÖ und NEOS Ende Juni beschlossen hat. Wie bei der „Sozialhilfe neu“ diente das Modell Oberösterreich als Vorlage für das Bundesgesetz.

Gegen Zugangsbeschränkungen und für bezahlbares Wohnen setzt sich die Europäische Bürgerinitiative „Housing for all“ ein (housingforall.eu/at/).

Quellen: Statistik Austria. Land OÖ, BAWO.

